

Dubioser Thinktank der NATO

Kafkaeske Verweigerungshaltung

Bundesregierung will keine Auskunft geben

Von Sevim Dagdelen

Die Art und Weise, wie die Bundesregierung in ihren Antworten auf meine kleine Anfrage (**Bundestagsdrucksache 18/9432**) Informationen über die Tätigkeit des NATO-»Exzellenzzentrums« in Ingolstadt (Mileng COE) verweigert, ist geradezu als kaltschnäuzig zu charakterisieren. Informationen etwa über an den »Industry Days« beteiligte Firmen hält sie mit der Begründung zurück, dass diese in »der Verantwortung des internationalen Anteils des Mileng COE« durchgeführt worden seien. Sollte die



Die Bundeswehr im Marschschritt: NATO-Manöver in Marienberg, 10. April 2015 Foto: Fabrizio Bensch/Reuters

Bundesregierung tatsächlich nicht wissen, welche Firmenvertreter in der ansonsten bestens abgeschotteten Pionierkaserne »Auf der Schanz« verkehren, wäre das ein Skandal für sich.

Während die Bundesregierung offen einräumt, dass das Ingolstädter »Exzellenzzentrum« nicht nur für »Aus- und Fortbildung«, sondern auch für »Konzept- und Doktrinentwicklung« zuständig ist, enthält sie deren Inhalte und Ausrichtung der Öffentlichkeit vor. Dort erarbeitete Dokumente werden den NATO-Partnern und dem Verteidigungsministerium zugänglich gemacht, nicht aber den Abgeordneten des Bundestages und der Öffentlichkeit allgemein. Die Bundesregierung lässt nicht einmal ansatzweise erkennen, bei der NATO das Einverständnis einholen zu wollen, sie auch den Parlamentariern vorlegen zu dürfen. Die Geheimhaltung verteidigt sie mit den internationalen Abkommen (Memoranda of Understanding), auf deren Grundlage das »Exzellenzzentrum« eingerichtet wurde, die aber kafkaeskerweise selbst wiederum nicht öffentlich sind, da sie »unterhalb der Schwelle der völkerrechtlichen Verbindlichkeit« lägen und ihrerseits nur mit Einverständnis der NATO zugänglich gemacht werden dürften. Auch hier ließ die Bundesregierung jede Bemühung um ein solches Einverständnis vermissen.

Betrachtet man die Ausrichtung der mit Beteiligung des Exzellenzzentrums durchgeführten »Experimente« zur urbanen Kriegsführung, die Perspektive auf Entwicklungsländer und die zugrundeliegende Annahme, dass »militärische Operationen dazu tendieren, dort stattzufinden, wo die Bevölkerung lebt« (<http://www.act.nato.int/urbanisation>), dann drängt sich die Frage auf, ob die Aktivitäten des Zentrums in Ingolstadt überhaupt mit dem Völkerrecht in Einklang zu bringen sind. Klar ist jedenfalls, dass der Umgang mit den hier entwickelten Doktrinen den Prinzipien parlamentarischer Demokratie widerspricht. Spätestens bei der Verabschiedung des Haushalts für 2017 müssen die Abgeordneten entscheiden, ob sie weiterhin die Arbeit militärischer Thinktanks finanzieren möchten, deren Inhalte und Ergebnisse ihnen vorenthalten werden.